



Ein Gesellschaftsmodell für die Zukunft – Integration von Zuwanderern in Europa

*vorgelegt vom Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P),
Ludwig-Maximilians-Universität München*

*Strategiepapier für das 4. Deutsch-Spanische Forum
5.-6. Februar 2007, Würth Haus Berlin*

Veranstalter:



FUNDACIÓN
RAFAEL
DEL PINO

1. Integrationspolitik im Fokus

Viele Staaten Europas erleben seit Jahren einen anhaltenden Einwanderungsdruck. Die Globalisierung der modernen Volkswirtschaften hat die weltweiten Wanderungsbewegungen in die Arbeitsmärkte der wohlhabenden Staaten intensiviert. Gleichzeitig haben kriegerische Konflikte und internationale Krisen einen enormen Flüchtlingsstrom ausgelöst. Schätzungen zufolge gibt es derzeit über alle Kontinente verteilt beinahe 200 Millionen Migranten.¹

Der europäische Kontinent war schon immer eines der zentralen Ziele der weltweiten Migration. Der größte Teil aller Migranten – 56,1 Millionen – lebt in Europa, auf Nordamerika entfallen 40,8 Millionen Zuwanderer. Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich bereits mit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht im Jahr 1992 auf ein abgestimmtes Vorgehen in den Schlüsselbereichen Asyl und Migration. Zuwanderung wurde dabei überwiegend als Sicherheitsrisiko behandelt, sodass die Restriktion der Immigration höchste Priorität einnahm. Der Aspekt der gesellschaftlichen und kulturellen Integration der Zuwanderer blieb Sache der einzelnen Mitgliedstaaten, die diese Aufgabe mit unterschiedlicher Intensität verfolgten.

Erst seit kurzem lässt sich auf europäischer Ebene ein breiter Bewusstseinswandel erkennen. Zuwanderung und Integration werden nun zunehmend als feste Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens anerkannt, die durch verantwortungsvolle Konzepte gestaltet werden müssen. Der Grund für das Umdenken liegt in dem Bewusstsein, dass ein Scheitern der Integrationspolitik gravierende Auswirkungen auf die Solidarität und den inneren Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften hat.

Im Fokus der Diskussionen stehen besonders die Schlüsselbereiche einer zukunftsfähigen Integrationspolitik: die bildungsbezogene, berufliche und soziale Eingliederung der Zuwanderer. Hier wird die Kluft zwischen Einwanderern und Aufnahmebevölkerung besonders deutlich. Nur ein effektives Integrationsmanagement kann dazu beitragen, die negativen Folgen einer unregelmäßigen Immigration abzuwenden und die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Potenziale der Zuwanderung voll auszuschöpfen.

2. Demografie und Arbeitsmarkt – bedeutende Einflussfaktoren der Integrationspolitik

Neben den durch Kriege, politische und persönliche Verfolgung vertriebenen Flüchtlingen, die 5 Prozent aller Migranten in Europa ausmachen, ist vor allem die dramatische wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern eine zentrale Ursache für die Migration nach Europa. Niedrige Löhne, hohe Arbeitslosenquoten und eine katastrophale Bildungssituation treiben viele Migranten aus ihren Heimatländern. Die asymmetrische Verteilung des weltweiten Wohlstands – beinahe die Hälfte aller Arbeitskräfte verdient weniger als zwei Dollar pro Tag, während in den USA der durchschnittliche Verdienst pro Kopf und Tag bei rund 70 Dollar liegt² – hat die Zahl der Zuwanderer in die wohlhabenden Industrieländer des Westens zwischen 1980 und 2000 verdoppeln lassen. Zwischen 1995 und 2000 waren in Europa 89 Prozent des Bevölkerungswachstums auf Zuwanderung zurückzuführen. Vor allem in

¹ Weltkommission für internationale Migration (2005): Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien, Berlin.

² Le Monde Diplomatique (Hrsg.) (2005): Atlas der Globalisierung, Berlin.

Griechenland, Spanien, Irland, Luxemburg und Österreich stieg der Anteil der Zuwanderer deutlich an.

Nettomigration, Anteil der ausländischen Bevölkerung und Anteil der ausländischen Erwerbspersonen

	Nettomigration in % der Gesamtbevölkerung (2005)	Anteil der ausländischen Bevölkerung in % (2004)	Anteil der ausländischen Erwerbspersonen in % (2004)
EU-27	0,3	5,5*	k.a.
Deutschland	0,1	8,9	10,1
Spanien	1,5	6,6	16,3**

* Rate gilt für EU-25

** Zahl stammt aus dem Jahr 2003.

Quellen: Eurostat, OECD, Statistisches Bundesamt, Instituto Nacional de Estadística.

Neben den schlechten Bedingungen im Heimatland („Push-Faktoren“) sind insbesondere die spezifischen wirtschaftlichen und demografischen Gegebenheiten in der Europäischen Union verantwortlich für die Migrationsströme („Pull-Faktoren“). Dies ist zum einen auf einen gestiegenen Bedarf nach billigen Arbeitskräften zurückzuführen. Der scharfe Wettbewerb in der Weltwirtschaft erhöht den Druck auf die europäischen Unternehmen, die Faktorpreise so niedrig wie möglich zu halten. Ein Teil der Migranten ist bereit, diese Nachfrage nach billiger und flexibler Arbeitskraft zu decken.

Doch auch im Hinblick auf gut qualifizierte Arbeitskräfte sind die modernen Volkswirtschaften auf Zuwanderung angewiesen. Das Wirtschaftswachstum verbunden mit einer stetigen Alterung der Bevölkerung schafft in Europa einen Bedarf nach gut ausgebildeten Arbeitskräften, der nicht mehr nur über die nationalen Märkte gedeckt werden kann. Der Beitrag der zugewanderten gut qualifizierten Arbeitskräfte ist daher in vielen Staaten eine wichtige Stütze des wirtschaftlichen Wohlstandes und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im Hinblick auf die USA oder China.

Demografische Entwicklung in Europa

	Bevölkerungswachstum 2004-2050 in %	Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren in % (2004)	Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren in % (2050)
EU-25	-1,5	16,4	29,9
Bulgarien	-34,7	17,1	33,5
Rumänien	-21,1	14,5	29,6
Deutschland	-9,6	18,0	31,6
Spanien	1,2	16,9	35,6

Quelle: Europäische Kommission (2005): Strategischer Plan zur legalen Zuwanderung, KOM (2005) 669 endgültig, Brüssel.

Betrachtet man die Herkunftsländer der Zuwanderer, zeigt sich für die Europäische Union ein vielschichtiges Bild. So machen in Deutschland die Staatsbürger aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, Griechenland und Polen die größten Ausländergruppen aus. In der Tschechischen Republik wiederum überwiegen die Bürger der Ukraine, der Slowakischen Republik, Vietnams, Polens und Russlands. In

Spanien stammt der größte Teil der ausländischen Bevölkerung aus Rumänien, Marokko, dem Vereinigten Königreich, Bolivien und Argentinien.³

Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung spiegelt zum einen die geografischen Nachbarschaften, zum anderen die unterschiedlichen Traditionen und Prägungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten wider und legt die verschiedenen historisch und geografisch bedingten Verbindungen mit einzelnen Herkunftsländern offen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass in einer Europäischen Union der 27 und mehr Mitgliedstaaten die Vielfalt der ausländischen Bevölkerung eine Pluralität an Traditionen, Werten und Lebensvorstellungen schafft, die Chance und Herausforderung zugleich ist.

3. Integrationsfeld Europa

Aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der anhaltenden Einwanderung erhoben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits mit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht im Jahr 1992 die Bereiche Asyl und Migration zum Gegenstand von gemeinsamem Interesse. Mit der weiteren Ausgestaltung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts durch den Amsterdamer Vertrag wurden diese Politikbereiche in das Gemeinschaftsrecht der Union aufgenommen und hinsichtlich der Zuwanderung durch die Beschlüsse des EU-Gipfels in Tampere im Jahr 1999 konkretisiert. Während die Binnengrenzen des europäischen Kontinents nach und nach eingeebnet wurden, richteten sich die Migrations-Programme der EU überwiegend auf die Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen der Union – das Stichwort „Festung Europa“ machte die Runde.

Das im November 2004 beschlossene und bis 2010 geltende Haager Programm setzt die in Tampere begonnenen Maßnahmen fort. Während die Bestimmungen von Tampere jedoch noch überwiegend auf die Restriktion der Zuwanderung beschränkt sind, betont das Haager Programm explizit die Bedeutung von Immigration für die Deckung des Arbeitsmarktbedarfs und für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Europa. Bestimmten Gruppen von Einwanderern soll daher der Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt erleichtert werden.

Der Rat der EU hat dazu verschiedene rechtssetzende Maßnahmen ergriffen. So sollen beispielsweise die Richtlinie zur Regelung von bildungs- und studienbezogenen Aufenthalten und die Richtlinie zum Zuzug von Drittstaatsangehörigen zu wissenschaftlichen Zwecken vor allem die Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften fördern. Der rechtliche Rahmen zur eigentlichen Integration der Zuwanderer ist mit den Richtlinien zur Familienzusammenführung und zum Status von Personen mit langfristiger Aufenthaltsberechtigung jedoch nur vage festgelegt.

Die weitere Gestaltung der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Integration der Zuwanderer war bislang allein den EU-Mitgliedstaaten überlassen. Die ergriffenen Integrationsmaßnahmen variieren dabei erheblich. Sie reichen von gesetzlich geregelten umfassenden Konzepten (z.B. Dänemark und Finnland) über bloße Formalitätsprozesse, die auf angemessene gesellschaftliche, berufliche und politische Begleitmaßnahmen durch nicht-staatliche Akteure angewiesen sind (z.B. Italien), bis hin zu Minimalprogrammen zur Eingliederung von Flüchtlingen (z.B.

³ Vgl. Eurostat, Instituto Nacional de Estadística.

Polen).⁴ Viele Staaten sehen sich allerdings mit gravierenden Problemen hinsichtlich der sozialen, beruflichen und bildungsbezogenen Eingliederung der Zuwanderer konfrontiert. Auch das Thema Islamismus wird zunehmend als Herausforderung diskutiert.

Der teilweise völlig unterschiedliche Traditions-, Erfahrungs- und Wertehintergrund der Migranten kann für die gesellschaftliche Eingliederung eine erhebliche Herausforderung darstellen. Die Andersartigkeit der Kulturen weckt Misstrauen, Vorurteile und Spannungen, die sich entweder in Kriminalität und gewalttätigen Übergriffen entladen können oder in manchen Fällen zu einer Abschottung in so genannten Parallelgesellschaften führen. In den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt bestehen teilweise eklatante Unterschiede zwischen den Leistungen der Zuwanderer und der einheimischen Bevölkerung, die im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Integration besonders problematisch sind.⁵

Bildungsbezogene und berufliche Situation von Zuwanderern in Deutschland

	Schulabgänger mit Hauptschulabschluss in % (2003)	Schulabgänger mit Abitur in % (2003)	Schulabgänger ohne Abschluss in % (2003)	Arbeitslosigkeit in % (2004)	Armutrisiko in % (2003)
Deutsche	24,5	26,0	7,9	11,7*	15,4*
In der BRD lebende Ausländer	41,5	10,2	19,2	20,5	24,0

* Quote für gesamten Arbeitsmarkt.

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge, und Integration (2005): Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin.

Zentrale Voraussetzung für die Formulierung eines verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Integrationskonzepts ist daher die Einsicht in die Faktizität der Einwanderung: Migration darf nicht mehr als Phänomen verstanden werden, das allein durch Einreise- und Zugangsmechanismen geregelt werden könnte. Viele Migranten verbringen einen bedeutenden Teil ihres Lebens in der neuen Umgebung. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund steigt in den Staaten der EU kontinuierlich an, in Deutschland beträgt er derzeit 20 Prozent der Gesamtbevölkerung.⁶ Einwanderung muss daher als fester Bestandteil der europäischen Gesellschaften anerkannt werden, der erhebliche Auswirkungen auf die inneren Prozesse des Aufnahmelandes hat.

Erste Zeichen deuten auf ein neues Verständnis von Integration hin. Angesichts der ähnlichen Problemlagen wird das Thema nun zunehmend als gemeinsame Herausforderung aller EU-Mitgliedstaaten diskutiert. Zur besseren Koordinierung wurden nationale Kontaktstellen eingerichtet, die alle relevanten

⁴ Europäische Kommission (2006): Second Annual Report on Migration and Integration, SEC (2006) 892, Brüssel.

⁵ OECD (2006): Wo haben Schüler mit Migrationshintergrund die größten Erfolgchancen: Eine vergleichende Analyse von Leistung und Engagement in PISA 2003, Paris.

⁶ Statistisches Bundesamt (2005): Leben in Deutschland. Haushalt, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden.

integrationspolitischen Daten der Mitgliedstaaten vernetzen sollen. Erste Vorschläge für einen gemeinsamen Ansatz liegen bereits auf dem Tisch.⁷

Auf ihrem Gipfeltreffen im Dezember 2006 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zudem darauf, das Thema Integrationspolitik unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im März 2007 vertieft zu erörtern und Eckpunkte für eine Gemeinsame Integrationsagenda festzulegen. Die europäischen Justiz- und Innenminister sollten sich dabei auf einige zentrale Leitsätze einigen, die vor dem Hintergrund der anhaltenden Einwanderung, des demografischen Wandels der europäischen Bevölkerung und der wirtschaftlichen Bedeutung von Migration den Rahmen für eine zukunftsfähige Integrationspolitik in der Europäischen Union bilden.

Ein Scheitern der Integrationsbemühungen können sich die EU-Mitglieder vor dem Hintergrund ihrer dichten Verflechtung nicht leisten. Migrations- und Integrationspolitik werden von den Bürgern als öffentliches Gut angesehen, dessen Bereitstellung zunehmend von der EU erwartet wird.⁸ Versagt die Europäische Union bei dieser Aufgabe, könnten ihr die Bürger dauerhaft die nötige Akzeptanz und Legitimation entziehen.

4. Vorschläge für eine zukunftsfähige Integrationspolitik in der EU

- *Europäischer Rahmen – Ausgestaltung vor Ort*

Integrationspolitik ist immer unmittelbar abhängig von spezifischen regionalen und kommunalen Gegebenheiten. Die Beschaffenheit des lokalen Arbeitsmarktes, das Engagement lokaler Zivilgesellschaftseinrichtungen, die Ausgestaltung politischer Partizipation oder die schulische Infrastruktur sind entscheidende Faktoren für das Gelingen von Eingliederungsmaßnahmen. Daher muss beachtet werden, dass ein kohärentes Vorgehen der EU-Mitglieder genug Raum für die nationalen, regionalen und lokalen Besonderheiten im Umgang mit der Integration von Zuwanderern lässt.

Durch die Vernetzung aller am Integrationsprozess beteiligten Stellen kann ein gemeinsamer europäischer Ansatz erheblichen Mehrwert bieten. Die EU sollte als Plattform für den regelmäßigen Austausch aller Akteure dienen, bei dem die lokale, regionale und nationale Ebene beteiligt sind. Voraussetzung für einen effektiven Lernprozess ist die Bereitstellung aussagekräftiger und vergleichbarer Statistiken. Hier ist die Europäische Union gefragt, Vorschläge für eine gemeinsame Datenbasis zu formulieren, in die Daten und Forschungsergebnisse der Mitgliedstaaten zu den Bereichen Integration und interkulturelles Zusammenleben eingehen.

Mit der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) steht den EU-Mitgliedstaaten ein Mechanismus zur Verfügung, der aufgrund seines nicht-bindenden Charakters die Möglichkeit bietet, nach gesamteuropäischen Lösungen zu suchen und dennoch Rücksicht zu nehmen auf die integrationspolitischen Besonderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten.⁹

⁷ Europäische Kommission (2005): Eine gemeinsame Integrationsagenda – Ein Rahmen für die Integration von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Union, KOM (2005) 389 endgültig, Brüssel; dies. (2004): Handbook on Integration for policy-makers and practitioners, Brüssel; dies. (2003): Mitteilung der Kommission über Einwanderung, Integration und Beschäftigung, KOM (2003) 336 endgültig, Brüssel.

⁸ Europäische Kommission (2004): Justice and Home Affairs. Flash Eurobarometer 155, Brüssel.

⁹ Europäische Kommission (2001): On an open method of coordination for the community integration policy, COM (2001) 387 final, Brüssel.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Rechtssetzungsinstrumenten ermöglicht die OMK eine gemeinsame Abstimmung in Politikfeldern, die normalerweise den Nationalstaaten vorbehalten sind, ohne dass damit ein Kompetenztransfer auf die europäische Ebene verbunden ist. Ihre Offenheit für verschiedene Akteure, Politikfelder und Methoden ermöglicht flexibles Regieren in einer durch Vielfalt geprägten Europäischen Union.¹⁰ Basierend auf der Idee des gegenseitigen Lernens durch den grenzüberschreitenden Vergleich von Politikmaßnahmen können durch die OMK innovative Ansätze vorgestellt und *best practices* identifiziert werden. Die Mitgliedstaaten der EU sollten das Potenzial der OMK nutzen, um die gemeinsamen Herausforderungen einer verantwortungsvollen Integrationspolitik bewältigen zu können.

- *Integration heißt Gegenseitigkeit*

Jede Integrationspolitik muss beachten, dass die Eingliederung von Zuwanderern ein wechselseitiger gesellschaftlicher Prozess ist, bei dem sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Zuwanderer gefordert sind. Ziel der Integrationsbemühungen sollte es sein, die Chancen zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Partizipation der Aufnahmebevölkerung und der Zuwanderer so weit wie möglich anzugleichen.

Dies bedeutet, dass das Gastland einen verlässlichen, transparenten und fairen Rahmen etabliert, der die Integration der Zuwanderer fördert. Neben gesetzlich verankerten Rechten und Pflichten muss der Fokus vor allem auch auf die Verbesserung der gesellschaftlichen Integrationsvoraussetzungen gelegt werden. Medienkampagnen oder interkulturelle Veranstaltungen können dazu beitragen, die Bevölkerung für die Notwendigkeit der Integration von Zuwanderern zu sensibilisieren und zu einer aktiven Teilnahme am Eingliederungsprozess zu motivieren.

Bei der Formulierung von Integrationsmaßnahmen sollte beachtet werden, dass die Vielfalt der Zuwanderung unterschiedliche und individuelle Eingliederungsprogramme erfordert. Die Integrationsangebote sollten daher auf die verschiedenen Gruppen – Neuzuwanderer, bereits länger im Land lebende Migranten, Frauen, Jugendliche, Ältere, Nachkommen von Zuwanderern – abgestimmt sein. Auch temporär geduldeten Migranten sollten grundlegende Kenntnisse des Aufnahmelandes vermittelt werden, um den Aufenthalt im jeweiligen Land zu erleichtern.

Integration geschieht jedoch nicht alleine durch die Konzeption von Integrationsprogrammen. Vielmehr erfordert sie die aktiven Integrationsbemühungen der Zuwanderer selbst. Dies bedeutet, dass sich die Zuwanderer am Integrationsprozess beteiligen und sich um den Erwerb von Kenntnissen zu Sprache, Geschichte und Politik des Aufnahmelandes bemühen.

Gegenseitigkeit bedeutet auch, die geltende Rechts- und Werteordnung des Aufnahmelandes zu respektieren, ohne die eigene Identität aufgeben zu müssen. Zusätzlich zu den nationalen Wertekatalogen könnte die Grundrechtecharta der Europäischen Union als Orientierungspunkt für die europäischen Werte und Normen dienen. Die Charta könnte einen festen Rahmen an unveränderlichen Prinzipien bieten, ohne jedoch den westlichen Lebensstil zum alleinigen Maßstab zu machen.

¹⁰ Metz, Almut (2005): Innovation in EU Governance? Six Proposals for Taming Open Co-Ordination, C·A·P Policy Analysis 1, München.

Die Achtung des Prinzips der Toleranz ließe genug Freiraum für die Pflege der eigenen Traditionen und Sitten und könnte zu einem gelebten Pluralismus in der Europäischen Union beitragen.

- *Schlüsselfelder der Integration: Bildung, Beruf, Gesellschaft*

Die Integration von Zuwanderern kann nur gelingen, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe in allen relevanten Bereichen – Politik, Wirtschaft, Bildung, Zivilgesellschaft, Kultur und Religion – angesiedelt wird. Entscheidend für den Erfolg der Eingliederungsmaßnahmen ist dabei die strategische und kohärente Ausrichtung der Integrationsförderung.

Der Erwerb von ausreichenden Kenntnissen der jeweiligen Landessprache ist dabei der Schlüssel für alle weiteren Integrationsmaßnahmen. Die Sprachförderung sollte nicht nur Neuzuwanderern zur Verfügung stehen, sondern auch bereits länger im Aufnahmeland wohnhaften Personen mit Migrationshintergrund zugänglich gemacht werden. Aufgrund der Bedeutung einer frühzeitigen Förderung kommt der Spracherziehung in Kindergärten und Schulen eine besondere Rolle zu. Neben der Vermittlung der Sprache des Gastlandes sind Modelle denkbar, die die Mehrsprachigkeit der Kinder und Jugendlichen fördern. Die Vermittlung von Sprachkenntnissen der Herkunftsländer kann dabei eine Brücke zwischen den verschiedenen Nationalitäten schlagen und bereits in frühen Jahren die interkulturelle Kompetenz schulen.

Die Vermittlung von ausreichenden Kenntnissen der Landessprache allein ist allerdings keine hinreichende Maßnahme zur Integration von Zuwanderern. Zum besseren Verständnis der Aufnahmegesellschaft sollten zusätzlich zum Spracherwerb zentrale landeskundliche Kenntnisse vermittelt werden. Vor allem die Erläuterung des politischen Systems, besonderer geschichtlicher Erfahrungen und der kulturellen und religiösen Wurzeln können das Verständnis für die neue Umgebung verbessern.

Besondere Bedeutung kommt der intensiven Förderung im Bereich Bildung zu. Die schulische Bildung ist entscheidend für die spätere Eingliederung der Menschen in Beruf und Gesellschaft. Die schulischen Lehrinhalte müssen daher an die Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft angepasst werden, um negative Folgen wie soziale Ausgrenzung, Armut und Kriminalität abwenden zu können. Gezielte Förderprogramme für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund können zum einen die bestehende Kluft zu den Gleichaltrigen der Aufnahmegesellschaft verringern und zum anderen die Risiken von „Problemkindern“ durch Früherkennungsmaßnahmen minimieren.

Auch im Bereich Beruf und Arbeitsmarkt sind erhebliche Anstrengungen nötig. Hier sind gezielte Maßnahmen zur Erleichterung des Arbeitseinstiegs erforderlich. Insbesondere sollte die Anerkennung von Abschlüssen und Ausbildungen der Einwanderer geprüft werden, um eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Darüber hinaus sollte großer Wert auf die Vermeidung von Diskriminierung am Arbeitsplatz und die Förderung von Maßnahmen betrieblicher Gleichstellungspolitik gelegt werden.

Jede Integrationsmaßnahme kann letztlich nur gelingen, wenn sie auf einer breiten gesellschaftlichen Verankerung basiert. Integration geschieht zuallererst durch die Partizipation am sozialen Leben, sodass die Förderung des aktiven Zusammenlebens von Zuwanderern und Aufnahmebevölkerung in den Städten und

Gemeinden oberste Priorität einnehmen muss. Die Begegnungen in Vereinen, Kultureinrichtungen, öffentlichen Plätzen, Betrieben, Kirchen, Schulen oder anderen zivilgesellschaftlichen Foren sollten nachhaltig unterstützt und konzeptionell begleitet werden. Zu einem vielfältigen und gemeinsamen Miteinander gehört darüber hinaus auch, die Planung des Wohnraumes und der städtischen Landschaften entsprechend auszurichten. Durch eine Stärkung des Stadtteillebens können die Zuwanderer und die Bürger der Aufnahmegesellschaft füreinander sensibilisiert und miteinander in Kontakt gebracht werden.

- *Verantwortung durch Beteiligung und Kommunikation*

Die Zuwandererstruktur in der Europäischen Union wird immer heterogener, die Formen und Ursachen der Zuwanderung variieren erheblich. Für politische Entscheidungsträger wird es immer schwieriger, angemessene und wirkungsvolle Integrationskonzepte zu formulieren. Durch die Beteiligung aller Betroffenen – Zuwanderer, Kommunal-, Landes-, Bundes und Europapolitik, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Sozialpartner, Kirchen, Religionen, Zivilgesellschaft – können unterschiedliche Vorstellungen zur Integration von Zuwanderern zusammengeführt und konstruktiv weiterentwickelt werden. Jeder Akteur ist dabei gefordert, einen aktiven Beitrag zum Gelingen einer verantwortungsvollen Integrationspolitik leisten. Dadurch kann die Akzeptanz der entwickelten Konzepte gesichert und die Verantwortung gegenüber den anderen gesellschaftlichen Akteuren gefördert werden.

Dem Management der Kommunikation zwischen allen Beteiligten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Durch eine professionelle Moderation sollte ein Klima geschaffen werden, das einen konstruktiven und ergebnisorientierten Austausch ermöglicht. Die Sorge vor Kriminalität und Terror überlagern vielfach die angemessene Würdigung von gesellschaftlicher und kultureller Pluralität. Ein koordinierter Kommunikationsprozess kann helfen, Vorurteile und Missverständnisse zwischen Zuwanderern und Aufnahmebevölkerung abzubauen.

Zentral für einen solchen Kommunikationsprozess sind Transparenz und Ehrlichkeit. Sowohl zwischen den einzelnen Gruppen als auch für eine breite Öffentlichkeit müssen Kosten und Nutzen der Migration und Integration offen dargestellt werden. Dazu gehört auch, die mit Integration verbundenen Probleme und Schwierigkeiten klar zu benennen. Darauf aufbauend können gemeinsame Handlungsstrategien für ein europäisches Gesellschaftsmodell abgeleitet werden, das die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Potenziale von Zuwanderung voll ausschöpft.